

Pressemitteilung

Stickstoffdioxid: Zusätzliche Probenahmestellen in Wiesbaden und Frankfurt

Wiesbaden, 18. Januar 2017 – Das Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) wird ab Anfang dieses Jahres an insgesamt 8 Stellen in Wiesbaden und in Frankfurt zusätzliche NO₂-Messungen durchführen. Mit den Messungen soll auch Ergebnissen eines von Greenpeace in Auftrag gegebenen Berichts aus dem letzten Jahr nachgegangen werden, der teilweise extrem hohe NO₂-Belastungen reklamierte. Der Bericht basierte allerdings nur auf sehr kurzfristigen Messungen von einer halben bis maximal einer Stunde. Der für die Grenzwertüberwachung entscheidende Jahresmittelwert ist daraus nicht seriös und mit ausreichender Genauigkeit abzuleiten. Die von Greenpeace veranlasste Untersuchung stellt daher lediglich eine grobe Abschätzung der Situation dar.

Das HLNUG wird für die Messung ein Passivsammelverfahren einsetzen. Die monatlich gewechselten Proben liefern nach Analyse im Labor verlässliche Ergebnisse, die über den Jahresmittelwert eine zuverlässige Beurteilung der NO₂-Belastung erlauben. Ausgewählt wurden Messstellen, die sowohl im Straßenverkehrsbereich wie auch im städtischen Hintergrund liegen und auch unter anderem Gegenstand der von Greenpeace beauftragten Untersuchung waren. Gemessen werden soll voraussichtlich über ein Jahr.

In Wiesbaden wird ab Januar an folgenden Stellen gemessen:
Bahnhofsvorplatz, Mainzer Straße (auf Höhe des ESWE-Bades) und Erich-Ollenhauer-Straße (auf Höhe der Bushaltestelle der Linie 45).

In Frankfurt soll ab Februar an den folgenden Straßen und Plätzen gemessen werden:
Reuterweg (auf Höhe Hausnummer 81), Alte Oper (Bockenheimer Anlage), Römerberg, Börneplatz und Stegstraße (auf Höhe Hausnummern 39/41).

Der Grenzwert für die langfristige Belastung durch NO₂ ist überschritten, wenn der Jahresmittelwert über 40 µg/m³ liegt. An fast allen verkehrsbezogenen Luftmessstationen in Hessen wurde dieser Grenzwert in 2015, wie in früheren Jahren,

erneut überschritten. Als wesentliche Ursache der NO₂-Überschreitungen sind nach wie vor die Emissionen des Kfz-Verkehrs anzusehen.